

Ergebnis 6 mal möglich, mit Wulst. Großteilungen „Heimat und Welt“ und der Andernteil „Reichsrat“, sowie den Zeitungen „St. Bonn“-Blatt“, „Unterhaltung und Wissen“, „Die Welt der Frau“, „Weißlicher Ratgeber“, „Das gute Buch“, „Wissenschaften“, „Wissenschaftliches Gesamtwerk“ u. A. einschl. Zeitungen. Sonderheft: „Geschichtsleiter: Dr. G. Dösch, Dresden.

Geschäftsführer: Dr. G. Dösch, Dresden.

# Sächsische Volkszeitung

Für christliche Politik und Kultur

Sonntag, den 21. Dezember 1930

Verlagsort: Dresden

Abonnementpreis: Die 16-seitige Zeitung 20,- Pfennig. Die 32-seitige Zeitung 30,- Pfennig. Der 1. Auflage außerhalb des Verbreitungsbereiches 40,- Pfennig. Die 16-seitige Zeitung 1.-30,- Pfennig. Der 1. Auflage außerhalb des Verbreitungsbereiches 40,- Pfennig. Jede Zeitschrift auf Bestellung kostet 10,- Pfennig. Einzelne Ausgaben u. Beilage u. Beilage u. Schauspielkarten. Geschäftlicher Teil: Grana Hungar, Dresden.

Geschäftsführer, Redaktor und Verleger: Hermann R. L. Müller, Berlin 12, Reichenbachstrasse 12. Sächsische Zeitung gGmbH, Sachsenring 12, Dresden 12. Herausgeber: Hermann R. L. Müller.

Redaktion der Sächsischen Volkszeitung  
Dresden 12, Sachsenring 12, Reichenbachstrasse 12, und 1202.

## Reich und Beamte

Gegen die unberechtigten Angriffe auf das Berufsbeamtenamt

### Eine Ansprache Brünings

Berlin, 20. Dezember.

Reichskanzler Dr. Brüning empfing in Gegenwart des Reichsministers des Innern, Dr. Birth, und des Reichspostministers, Dr. Schäfer, gestern Vertreter der Beamten-Spielenorganisationen. Er hatte diese Ansprache mit ihnen erbeten, um gegen die verschleiert in der Öffentlichkeit sich breit machende unverantwortliche Behauptung eine heile Stellung zu nehmen und die Haltung der Reichsregierung zu der Beamtenchaft klarzulegen. Der Reichskanzler erinnerte daran, daß er bereits bei Gelegenheit der Einführung des Wirtschafts- und Finanzplans in seiner Rede vom 16. Oktober 1930 vor dem Reichstag von der Schichtsalsovereinheit zwischen Beamten und Staat gesprochen habe. Er habe schon damals namens der Reichsregierung versprochen, die Erhaltung eines pflichtgetreuen Beamtenamtes tatkräftig einzutreten sowie alle unberechtigten Angriffe von ihm abzuwehren. Der Kanzler betonte, daß gerade in der heutigen schweren Zeit das Berufsbeamtenamt die zuverlässigste Stütze des Staates sein müsse. Er könne sich nicht vorstellen, wie die schweren Aufgaben ohne ein treues und zuverlässiges Berufsbeamtenamt zu lösen seien.

Gegenüber den vorgetragenen Beschwerden über die laut gewordene beamtenfeindlichen Angriffe wies der Reichskanzler darauf hin, daß die Beamtenchaft mit vollem Recht beanspruchen könne, daß die Allgemeinheit mehr Verständnis für ihre Tätigkeit aufbringe. Die Beamtenchaft sehe ihre ganze Kraft und ihr reganze Verantwortlichkeit für Volk und Staat ein. Ihre ausschließliche Hingabe an den öffentlichen Dienst müsse daher auch von der Öffentlichkeit anerkannt und richtig gewürdigt werden. Von jeher habe der deutsche Beamte weit über die Grenzen seines Vaterlandes hinaus als Vorbild uneigennütziger Pflichttreue und Unbedachtheit gegolten. Er sei stets die stärkste Stütze eines geordneten Staatslebens gewesen, und auch in den jüngsten überaus schwierigen Zeiten habe die Reichsregierung auf den opferbereiten und dienstreidigen Geist der Beamtenchaft.

Namens der Reichsregierung sprach der Reichskanzler die Erwartung aus, daß die Beamtenchaft nach wie vor unterdrücken ihre ganze Arbeitskraft dem Staat hingeben. Nur dann werde es möglich sein, die gegenwärtige schwere Notlage des Staates zu überwinden. Als unverantwortlich bezeichnete es der Reichskanzler, daß den Beamten vielfach ihre Entlohnung, die nur einer angemessenen Lebenshaltung entspreche, mißkönnen werde. Wer die Dinge wirklich objektiv beurteile, müsse zugeben, daß die heutigen Bezüge nur bei sparsamster Wirtschaftsführung ausreichend seien. In der Öffentlichkeit werde übersehen, daß die Bezüge der Beamten geistlich gebunden seien. Die Beamtenchaft habe nicht die Möglichkeit, ihre Bezüge tatsächlich zu regulieren und damit den jeweiligen Wirtschaftsverhältnissen anzupassen. Dieser Nachteil würde sich bei Konjunkturschwankungen zum Schaden der Beamtenchaft aus. Die Sanierung der gesamten öffentlichen Hand habe eine Rückzung der Beamtenfeindlichkeit notwendig gemacht, die angesichts der in gewissem Umfang zwecklos geäußerten Kauftaft des Geldes begründet erscheine. Er vertraue mit der gesamten Reichsregierung darauf, daß die Beamtenchaft Verständnis dafür habe, daß auch sie materielle Opfer bringen müsse. Im Zuge der Weltwirtschaftswidlung sei auch in Deutschland ein Übergang an das Prinzipien, also auch bei Löhnen und Gehältern, notwendig geworden. Gerade im beamtenpolitischen Interesse sei ein etwas verringertes Gehalt bei gesicherter Staatsfinanzen bei weitem einem unveränderten höheren Gehalt vorzuziehen, dessen Auszahlungsmöglichkeit infolge zerstörten Staatshaushalts aber mehr als zweifelhaft geworden wäre.

Der Reichskanzler versicherte am Schluss seiner Ansprüchen, daß die Reichsregierung die ungerechten Angriffe gegen die Beamtenchaft lebhaft bedauere. Da die Reichsregierung es nicht dulden könne, daß die Beamtenchaft zu Unrecht Zielsetzung der öffentlichen Verhetzung werde, werde er, der Reichskanzler, im Interesse des Staates alles tun, um gegen die Verleumder des Berufsbeamtenamtes vorzugehen und die schweren, unberechtigten Angriffe von der Beamtenchaft mit Nachdruck abzuwehren. Die Beamtenchaft könne daher zu der Reichsregierung das größte Vertrauen haben.

## Politischer Advent

Von L. R.

„Aus hartem Weh die Menschheit klagt, sie lag in Bangen Sorgen...“ — diese Worte eines alten Adventsliedes haben in unseren Tagen mehr als je für die Völker der Erde einen besonderen, diesseitigen Rebezon. Am meisten mit für unser deutsches Volk! Wir sind über den Vorwurf, über dem Erdischen das Ende zu vergessen, gewiß erhaben; aber es darf nicht verkannt werden, daß es für alle Notleidenden, die religiös nicht ganz tief und fest gegründet sind, sehr, sehr schwer ist, angeblich verführter gefüllter Schaufenster, licht- und musikdurchflutete Kaffeehäuser und Vergnügungsstätten geduldig zu bleiben. Still und gelassen zu beten, wenn das graue Elend den Menschen angrinst, ist eine Tugend, die nicht alle üben. Und wer das kalt kritisieren will, wer über Verzweiflungsstaten einzelner oder ganzer Volksgruppen das gefühllose Urteil fatter Bürgerlichkeit fallen will, der mag sich erst einmal in einer ganz stillen Stunde fragen, was er wohl täte, wenn er in ähnlicher Lage wäre! Was darüber nachdenken, wieviel gerade das heuchlerische Scheintchristentum mancher bestehender und gebildeter Kreise, die Gottes Gebote nur als willkürliche Schutzwälle für ihr irdisches Wohlgehen und ihre besorgte Stellung ansahen mit davon schuld ist, daß heute Millionen unterer armen Volksgenossen jedes Vertrauen zur christlichen Religion verloren haben und nun im Elend nichts weiter wissen als Lügen und Elend herzuhören! Wohlverstanden: wir billigen nichts, was gegen Gottes Gebote ist, sei es in reichen oder in armen Kreisen; aber wir meinen, daß der Herr Gott der aus Mutterboden Sünden ein milderer Richter sein wird als der in Peinlichkeit Lebendgenuß, Habgier und Eitelkeit gefüllten.

„Macht euch die Erde untertan!“ — mit diesem Gesetz entstand die Welt einst den ersten Menschen zu den Pflanzen und Naturkräften dieser Erde. Und jeder Fortschritt im Laufe der Jahrtausende, vom Kienzpan bis zum modernen Olympiakomitee, vom Einbaum bis zum modernen Olympiateam, ist ein Schritt auf dem von Gott gewiesenen Wege gewesen. Es hat die Erde zu seiner Ehre und zum Wohl des Menschen geschaffen. Und was sehen wir? Gerade die gegenwärtige Zeit zeigt uns ein wirtschaftliches Durcheinander auf dem Erdkreis und, daß man fast an der Fähigkeit des Menschen, sich die Erde untertan zu machen, verzweifeln könnte. Wir erleben Weltelberlaß in Amerika und seidenen den Hungertod von Tausenden in China; wie schon Milliardenwerte von Goldbarren aufgestapelt in den Treasors von New York und Paris und gleichzeitig lebensgefährliche Blutarmut in anderen Ländern, nicht zuletzt bei uns; wie bedachten den Untergang der Reparationen, die uns zu höchster Ausübungskräfte zu machen und damit zu schweren Konkurrenten der Länder machen, deren wir die Reparationen zahlen müssen; wie erschöpft immer neue technische Verbesserungen, rationalisierten Produktionsweise, so, und während dadurch die auf den Markt kommenden Gütermenge immer mehr anwächst, kann auch die Zahl der Arbeitslosen und vermindert sich die Möglichkeit, die herzlosen Waren abzusehen. Man kann alle diese Probleme nicht damit lösen, daß man einfach alle Schulden dem „Marexianus“ in die Schuhe schiebt, von dem viele nicht mehr als den Namen kennen. Ebenso großer Schuld hat zweifellos der internationale Großkapitalismus, der jetzt ungeheure Finanzmacht nicht im Sinne des oben erwähnten Mottoes (zum Wohle der Menschheit) einsetzt, sondern fast nur zum eigenen Profit. Niemand, der vernünftig und (das sei eigentlich bekannt) christlich denkt, wird es für möglich halten, alles Elend aus der Welt schaffen zu können, den Unterschied zwischen arm und reich zu beseitigen (vgl. Johannes 12, 8: „Arme habt ihr allezeit bei euch“), aber sidetlich hat der Erzbischof von Regensburg, wenn er ausruft: „Wenn die Mächtiger und Kapitalisten die Befreiung des Christentums nicht anerkennen werden, so wird die ganze Welt von einem roten Almanacmeister niedergebrannt werden!“ Es gibt kein Ereignis wie gearbeitetes Wirtschaftssystem, das der Menschheit zum Heile sein könnte, wenn es unter Mißachtung der göttlichen Gebote durchgeführt wird! Die Wahrheit dieses Satzes nach der kapitalistischen Seite hin beweist die ungeheure Weltwirtschaftskrise mit ihren vielen Millionen Arbeitslosen in den meisten Ländern,

## Preußen für Revision

Bemerkenswerte Rede Höpfer-Wölfel im Preußentag

Berlin, 20. Dezember.

Der preußische Landtag hat gestern die Mitherausprägung gegen Ministerpräsident Braun und Innensenator Seering mit 204 gegen 182 Stimmen bei zwei Stimmenthaltungen abgelehnt. Anschließend wurde die Beratung des Haushalts für 1931 fortgesetzt. Als erster Redner nahm hierzu

Finanzminister Dr. Höpfer-Wölfel

das Wort, um sich mit den Ausstellungen zu befassen, die von den Debattenern an Eingaben des Staates gemacht worden sind. Die Zuschüsse an die Rennvereine könnten nicht ganz gestrichen werden, weil sonst die Rennen nicht mehr veranstaltet würden, aus denen dem Staat die Einnahmen der Rennstrecken fließen. Für die Rationalisierung des landwirtschaftlichen Gewerbes müssen 80-90 Millionen aufgewandt werden, von denen etwa die Hälfte getragen wird von der Preußischen und dem Preußischen Staat. 25 Millionen sind vom Reich und 20 Millionen aus Mitteln der Rentenbank-Kreditanstalt beigetragen worden. Die Unterstützungssummen für den behinderten Leben sind niemals nach parteipolitischen Gründen verteilt worden. Das nationalsozialistische Gesichtspunkte verteilt werden. Das nationalsozialistische Sanierungskonzept würde sich auch bei einem etwaigen späteren Sieg der Nationalsozialisten als wirkungsvoll erweisen, denn bei der von Ihnen verlangten Verstaatlichung der Banken würde ich zeigen, daß der größte Teil des Kapitals gar nicht den Banken gehört. Das nationalsozialistische Programm ist nur eine Tretzeitung der Deutschen, die von finanzwirtschaftlichen Dingen nichts versteht. Es ist auch ganz falsch, daß der Staat durch die Aufnahme von Anteilen in die Abhängigkeit von den Banken geriete. Würde man aber das von den Nationalsozialisten empfohlene System der Staatsgutachten durchführen, so würden wir noch einmal eine furchtbare Inflation mit allen ihren Schrecken erleben.

Warum wendet sich denn die Thüringerische Regierung, auf die die Nationalsozialisten maßgebenden Einfluß haben, hilfesuchend an die Banken? Warum gibt sie nicht Staatsguiteine aus? (Sehr gut!)

Mehrlich liegt es in Braunschweig. Wo die Nationalsozialisten die Möglichkeit zur Erprobung ihres Programms gehabt hätten, haben sie klug veragt. — Zur Leider Erwidern auf die Ausführungen des Abg. Oberbach erklärt der Minister: Wir haben die Erfüllungspolitik

immer nur getrieben, weil wir von der Verteilung des Rheinlandes und den Wiederaufbau der deutschen Wirtschaft nie erreicht hatten. Ich bin durchaus einig mit Ihnen (nach rechts), darüber, daß die jetzige Reparationslast auf die Dauer untragbar ist, und daß sie zu einem guten Zweck der Ursache der durchsharten Krise ist, die die ganze Welt erschüttert (Beispiel). Es kann nicht mehr lange gewartet werden mit dem Beispiel, den im Youngplan vorgesehenen Mechanismus in Bewegung zu setzen. In dem jüßen Ringen um die Herabsetzung der Reparationslast war der Youngplan ein Schritt vorwärts. (Aufs rechte: „Wann werden Sie sich für die Revision einzulegen?“) Ich kann hier nicht der Entscheidung des Reichstags vorgehen.

Die Ablehnung des ganzen Reformplans der Reichsregierung wird sich aber auch vom Standpunkt der Gegner des Youngplans aus nicht verantworten. Selbst wenn wir vor keine Reparationslasten zu tragen hätten, hätten wir die vertragte Pflicht und Schuldigkeit, unserem Volk dadurch das Leben zu ermöglichen, daß wir die Finanzen in Ordnung bringen. (Beispiel.)

In der Debatte ist auch gefragt worden, ob nicht anstatt des allgemeinen sechsprozentigen Gehaltsabzuges für die Beamten ein gestaffelter Gehaltsabzug erfolgen könne. Preußen sei auf der Grundlage der Rotverordnungen des Reichspräsidenten nicht in der Lage eine andere Regelung durchzuführen, als es im Reiche der Fall ist.

### Bergleich im Streit Reich-Thüringen?

Leipzig, 20. Dezember. Der Vorsitzende des Staatsgerichtshofs für das Deutsche Reich, Reichsgerichtspräsident Dr. Bumke, hat die Parteien in der Streitländer Reich-Thüringen auf Montag, den 22. Dezember, zu einer Aussprache nach Leipzig gebeten. Er beschäftigt den Parteien einen Vergleich vorzuschlagen und mit ihnen über diesen Vorschlag zu verhandeln.

### Heute:

Stimmen aus Südwürttemberg  
Heimat und Welt (In Wochentage)  
Unterhaltung und Wissen  
Das gute Buch  
Turnen, Sport und Spiel